

Sarah Meyer/Sieglinde Rosenberger (Wien)

Europäisierung durch nationale Wahlen? EUropa im österreichischen Nationalratswahlkampf 2006

Der Beitrag ist an der Schnittstelle von Demokratie- und Parteienforschung zu europäischer Integration angesiedelt. Ausgehend von einer funktionalistischen Perspektive werden Parteien als Bindeglied zwischen staatlichen Institutionen und BürgerInnen, die Repräsentation und Regieren in sich vereinen, behandelt. Ob, mit welchen Themen und wie nationale Parteien diese linkage-Funktion auch im europäischen Mehrebenenkontext wahrnehmen, ist die zentrale Frage dieses Beitrages. Inhaltsanalytisch untersuchen wir in Wahlkampfertexten (Wahlprogramme, Plakate, TV-Diskussionen) der Nationalratswahl 2006 die thematische und diskursive Hereinnahme der europäischen Dimension in den nationalen Parteienwettbewerb unter dem Blickwinkel demokratischer Repräsentation und elektoraler Verantwortlichkeit. Mit diesem Zugang legen wir den Fokus auf Parteien als TrägerInnen zentraler Funktionen und schlagen damit eine Brücke zur EU-Demokratieforschung.

Keywords: Wahlen, Wahlkampf, Demokratiedefizit, Europäisierung, Parteien, Entpolitisierung
Elections, electioneering, democratic-deficit, europeanization, political parties, depoliticization

1. Einleitung

Wie reagieren nationale politische Parteien auf den politischen Prozess der europäischen Integration? Wie verändern sie sich und wie passen sie ihre Positionierung und Mobilisierung an die Mehrebenenstruktur an? Diesen Fragen schenkte die EU-Forschung vergleichsweise spät Aufmerksamkeit (vgl. Gaffney 1996). Erst nachdem die sich auf der supranationalen Ebene herausbildenden Parteiföderationen thematisiert wurden, rückte die Europäisierung nationaler Parteien ins Forschungsinteresse einiger AutorInnen (vgl. Conti 2007). Untersucht werden in diesem Zusammenhang insbesondere die europapolitische Positionierung von Parteien und nationale *cleavage*-Strukturen (vgl. exemplarisch Marks et al. 2002; Pennings 2006; Kriesi 2007), Veränderungen der Organisationsstrukturen von Parteien (vgl. Poguntke et al. 2006; Ladrech 2007) sowie der (ausgebliebene) Wandel des Parteiensystems (vgl. Mair 2000).

Auffallend ist, dass die akademische Debatte zu Parteienreaktionen auf die europäische Integration über weite Strecken parallel, aber relativ unverbunden mit der Debatte über Demokratiedefizit und Demokratisierbarkeit europäischen Regierens verläuft. Sowohl ParteienforscherInnen als auch DemokratietheoretikerInnen belassen es zumeist bei Verweisen auf den jeweils anderen Forschungsstrang, ohne jedoch dessen Perspektiven systematisch in die eigenen Analysen einzubeziehen – eine Diagnose, die allerdings nicht alleine auf die EU-Forschung zutrifft (vgl. Katz 2006; Biezen/Saward 2008). Diese Entkoppelung ist insofern problematisch als poli-

tische Parteien für die repräsentative Demokratie eine Reihe zentraler Funktionen erfüllen (vgl. Mair 2005a; 2005b). So gelten sie im demokratischen Territorialstaat als Bindeglieder zwischen staatlichen Institutionen und Gesellschaft (vgl. Sartori 1976, 25), indem sie Interessen artikulieren, bündeln und repräsentieren oder jene Foren bilden, in denen Positionen zu politischen Problemen und Lösungen entwickelt werden. Politische Parteien beteiligen sich an Wahlen, wodurch das politische Führungspersonal legitimiert wird, stellvertretend zu entscheiden. Die stimmberechtigten BürgerInnen schließlich, so die idealtypische Annahme, evaluieren beim Wahlvorgang die politische Arbeit der abgelaufenen Amtsperiode und/oder entscheiden sich für alternative Programme und Personen. Folglich haben politische Parteien einen Anreiz, sich responsiv gegenüber den Präferenzen der WählerInnen zu verhalten (vgl. Powell 2000; Morlino 2008; Bovens 2006).

Ob und wie nationale politische Parteien diese Funktionen auch im europäischen Mehrebenenkontext ausüben, markiert das Feld des vorliegenden Beitrages. Die zentrale Frage lautet: Findet in nationalen Wahlauseinandersetzungen eine Europäisierung¹ des politischen Wettbewerbs statt und wie ist diese unter dem Blickwinkel der *linkage*-Funktion von Parteien in repräsentativen Demokratien zu beurteilen?

Die oben bereits genannten AutorInnen haben wichtige Erkenntnisse über Erklärungsfaktoren zur Parteipositionierung und zu *cleavage*-Formationen hervorgebracht. Allerdings dominieren ideologische (*cleavage*-Theorien) oder strategische *rational choice*-Ansätze,² während ein funktionalistischer Zugang, der die Parteienforschung aber erst anschlussfähig an demokratietheoretische Überlegungen machen würde, weitgehend fehlt. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, inwieweit die Klassifizierung von Parteien entlang abstrakter räumlicher Modelle überhaupt Aufschluss über Funktionsweisen von Parteien und Parteiensystemen geben kann (vgl. Mair 2001, 26f.). Studien, die sich dem Verhältnis nationaler Parteien und europäischer Integration (zumindest implizit) aus einer funktionalistischen Perspektive annähern, sind bislang von Defizit- und Versagensszenarien geprägt. Peter Mair (2005a; 2005b; 2006a) problematisiert die Krise politischer Parteien und stellt diese in einen Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess, mit dem eine Schwächung der Beteiligungskomponente von Demokratie einhergehe. Robert Ladrech (2007, 952) schreibt über das Versagen nationaler Parteien als Vermittlerinnen von Politik in EU-Angelegenheiten und Andreas Follesdal und Simon Hix (2005, 18ff.) kritisieren den mangelnden Wettbewerb über EU-Agenden sowohl auf der EU- als auch auf der mitgliedstaatlichen Ebene und konstatieren ein Defizit an Responsivität der nationalen Regierungen. Neben diesen vereinzelt Verweisen auf elektorale Europäisierungsdefizite der nationalen politischen Parteien fehlen aber noch umfassende empirische Untersuchungen zur Diffusion der Europapolitik in mitgliedstaatliche Wahlgänge, und zwar insbesondere unter dem Blickwinkel der *linkage*-Funktion von Parteien, die überhaupt erst demokratische Repräsentation und Legitimation von EntscheidungsträgerInnen ermöglicht.

Im Rahmen einer Fallstudie, nämlich zur österreichischen Nationalratswahl 2006, untersucht dieser Beitrag aus einer funktionalistischen Perspektive die Thematisierung von EUropa im elektoralen Parteienwettbewerb. Dieser Zugang ist – so unser Argument – in zweierlei Hinsicht nutzbringend: Er erlaubt Parteien als Trägerinnen von Funktionen in der repräsentativen Demokratie zu betrachten und schafft damit eine konzeptionelle Brücke zur Demokratieforschung. Indem der Fokus auf Interaktionen zwischen Parteien (also auf den tatsächlich stattfindenden Wettbewerb) gelegt wird, ist dieser Zugang auch für die Parteienforschung anschlussfähig.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Zunächst wird die theoretische Verortung durch demokratietheoretische Überlegungen sowie Erklärungsansätze zum Parteienverhalten gegenüber der

EU-Thematik dargelegt. Der nächste Abschnitt widmet sich den Kontextbedingungen, die für die Auswahl der Nationalratswahl 2006 als Fallstudie ausschlaggebend sind, und der methodischen Herangehensweise. Im Hauptteil des Beitrages werden die Ergebnisse der Untersuchung präsentiert. Im Fazit geben wir eine Zusammenfassung und formulieren weiterführende Fragen, die für künftige Untersuchungen relevant sein könnten.

2. Theoretische Verortung: Demokratiedefizit durch Parteienversagen

Das Demokratiedefizit der EU-*polity* ist vielfach kritisch beleuchtet worden (vgl. exemplarisch Follesdal/Hix 2005). Fehlende intermediäre Strukturen wie politische Öffentlichkeit, eine organisierte Zivilgesellschaft oder ein europäisches Parteiensystem und damit verbunden Partizipationsmöglichkeiten tragen zum Demokratiedefizit bei, so das Argument. Vivien Schmidt (2003, 139) konstatiert kritisch den Mangel an europäischer Kommunikation, Fritz Scharpf (1999, 167f.) sieht in den fehlenden europaweiten politischen Diskursen ein Defizit *input*-orientierter Legitimität und Sonja Puntcher Riekmann (2007) thematisiert das institutionelle Setting der EU, das es nicht erlaube, die politischen Akteure zur Verantwortung zu ziehen und ggf. zu sanktionieren. Was alle diese Beiträge verbindet, ist die Feststellung, dass es der EU an demokratischer Repräsentation und Verantwortlichkeit durch das Instrument der Wahlen (*electoral accountability*) mangelt.

Ein anderer Strang der Demokratiedefizitforschung widmet sich nationalstaatlichen Dynamiken als Folge der europäischen Integration. Es werden eine tendenzielle Schwächung der Parlamente gegenüber einer gestärkten Regierung, eingeschränkte Handlungsspielräume nationaler EntscheidungsträgerInnen sowie Machtverschiebungen in Parteien zugunsten von Eliten diagnostiziert (vgl. Ladrech 2007; Schmidt 2003). Kurzum, das EU-Demokratiedefizit diffundiert in das institutionelle Gefüge der Mitgliedstaaten.

Peter Mair (2006a) sieht in diesen Entwicklungen sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene Indizien eines veränderten Demokratieverständnisses bzw. einer veränderten -praxis. Um diese Veränderung zu verdeutlichen, unterscheidet er zwischen zwei komplementären Teilen repräsentativer Demokratie, der konstitutionellen und der popularen. Die konstitutionelle Komponente erfasst die *checks and balances* sowie die Leistungen im Sinne von *government for the people*, während der populare Aspekt Partizipation und *government by the people* abdeckt (Mair 2006a, 9). Die populare Demokratiekomponente kann konzeptionell mit der Bindeglied-Funktion von Parteien verknüpft werden. So nennt Sartori drei wesentliche Funktionen von Parteien: *participation*, *electioneering* und *expression* (Sartori 2005, 28), wobei die beiden Ersteren genau genommen nicht für sich stehen, sondern Instrumente darstellen, die die Parteien erst zu Agenturen der Interessensartikulation machen. Die Funktion der Interessensartikulation bezieht sich auf die politische Partei als „the agency which typically communicates the demands of the society to the state, as the basic link or connector between society and its government“ (ebd., 24). Erst durch die Erfüllung dieser Funktion wird repräsentatives Regieren möglich, folglich werden Parteien konstitutiv für die repräsentative Demokratie oder, wie Mair formuliert, nur Parteien würden beide Funktionen, nämlich Repräsentation und Regieren, verbinden (Mair 2005b, 22). Mair sieht die Balance zwischen konstitutioneller und populärer Demokratiekomponente aber gefährdet und ortet ein Auseinanderdriften zu Lasten Letzterer. Die EU-*polity* ist nicht zufällig exemplarisch für diesen generellen Trend – ein politisches System „that has been constructed by national political leaders as a safeguarded sphere in which policy

making can evade the constraints imposed by representative democracy“ (Mair 2005a, 4). Diese Entwicklung spiegelt sich in der veränderten Rolle von Parteien wider, die als *die* Akteure der Institutionalisierung der popularen Komponente von Demokratie gelten. Allerdings zeichnet sich ein Scheitern der Parteien bei der Erfüllung dieser Aufgabe ab³, was zu einer reduzierten Version einer konstitutionellen Demokratie führt (Mair 2006a, 12).

Trotz der zum Teil strukturellen Defizite besteht aber die Chance auf ein Mehr an demokratischer Repräsentation und elektoraler Verantwortlichkeit. Mair (2000) benennt zwei Kanäle, über die die BürgerInnen Einfluss auf europapolitische Entscheidungen nehmen können, nämlich über die Wahlen zum Europäischen Parlament und über nationale Wahlen, aus denen schließlich jene Regierungen hervorgehen, die maßgeblich am europäischen Entscheidungsprozess teilhaben.

An diese Überlegung knüpft der empirische Teil dieses Beitrages an, und zwar indem der Fokus auf die nationale elektorale Arena als relevante Sphäre der popularen Demokratiekomponente gelegt wird. Der Zugang folgt einer top-down-Perspektive (Sartori 2005, 23), indem wir im Rahmen der Wahlkampffunktion (als Teil der Interessensartikulation) die Performance bei europapolitischen Belangen untersuchen. Unser theoretisches Argument lautet: Wenn, wie oben ausgeführt, u.a. durch Parteienversagen Demokratiedefizite auf der europäischen Ebene auch zu Defiziten auf der nationalstaatlichen führen, dann muss prinzipiell auch die Gegenrichtung denkbar sein, d.h. durch die Thematisierung der europäischen Dimension (*policy-making* und *policy*-Alternativen) in der nationalen elektoralen Arena werden Parteien zu Vermittlerinnen europäischer Politik. Mit anderen Worten: Die Europäisierung des politischen Wettbewerbs macht Parteien zu repräsentativen und verantwortlichen Akteuren der EU-Politik und stärkt dadurch zugleich die Inputseite des europäischen Regierens. Diese Annahme setzt allerdings voraus, dass auf der nationalen Ebene eine Europäisierung des elektoralen Wettbewerbs stattfindet, dass die politischen Parteien tatsächlich die europäische Dimension von *policy-making* sowie *policy*-Alternativen einbringen und von den politisch verantwortlichen Akteuren (insbesondere Regierungsparteien) Rechenschaft für deren Performance verlangen bzw. ablegen. Erst dann kann von elektoraler Verantwortlichkeit europäischen Regierens gesprochen werden.

Die Hypothesen zu Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung durch elektorale Europäisierung können aus jener Literatur zu europäischer Integration und nationalen Parteien abgeleitet werden, die (zumindest implizit) eine funktionalistische Perspektive einnehmen (Mair 2000; 2005a; Ladrech 2007; Gaffney 1996). Relevant in diesem Zusammenhang ist die Kompetenzmisfit- sowie die Depolitisierungsthese.

2.1. Kompetenzmisfit-These

Die Kompetenzmisfit-These besagt, dass jene EU-Themen, die von Parteien in die elektorale Arena eingebracht werden, nicht mit den tatsächlichen Kompetenzen der jeweiligen Arena korrespondieren und folglich effektive Repräsentation nicht stattfindet. In dieser auf Mair (2005a, 8ff.) zurückgehenden These wird zwischen einer Europäisierungs- und einer funktionalen Dimension des politischen Konflikts über EU-Themen unterschieden. Die Europäisierungsdimension erfasst die Institutionalisierung des EU-politischen Systems sowie die Durchdringung des nationalen politischen Systems durch europäische Richtlinien und Normen. Die funktionale Dimension bezieht sich nicht per se auf Europa oder Europäisierungsprozesse – diese werden als gegeben gesehen –, sondern auf ideologisch oder interessensmotivierte Konflikte, unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des europäischen Projekts (ebd., 8).

Werden diese Dimensionen nun analytisch mit der Idee der Einflusskanäle für WählerInnen verknüpft, so ergibt sich für die Bedingung einer effektiven Repräsentation folgender Zusammenhang: „To be effective, therefore, it would seem that representation via the national channel is best invoked for opposition along the Europeanization dimension, whereas representation via the European channel is best invoked for opposition along the functional dimension“ (ebd., 9). Dieses Muster, so Mair weiter, entspreche aber nicht unbedingt der Welt der realen Politik, denn nationale Wahlen drehten sich weiterhin um *policy*-Alternativen (funktionale Dimension), während EP-Wahlen meist von Debatten um die EU (Europäisierungsdimension) geprägt seien. Als problematisch gilt dies insofern als dadurch die Teilnahme an beiden Kanälen ohne Relevanz für den Output des politischen Systems bleibt. Für die BürgerInnen geht damit ein Verlust an Kontrolle gegenüber den politischen RepräsentantInnen einher, d.h. effektive Repräsentation fehlt.

2.2. Depolitisierungsthese

Die Depolitisierungsthese besagt, dass die großen Volksparteien gegenüber EU-Themen eine Depolitisierungsstrategie verfolgen, d.h. dass Mainstream-Parteien auf die öffentliche Verhandlung von EU-Themen aus unterschiedlichen Gründen verzichten (vgl. Marks et al. 2002). Für EU-skeptische Oppositionsparteien geht mit diesem Verzicht bzw. mit der Depolitisierung der EU ein Wettbewerbsvorteil einher (vgl. Ladrech 2007, 949f.). Für sie gilt eher die Gegenthese zum Kompetenzmisfit, die von einer Priorisierung institutioneller Aspekte in der nationalen Sphäre ausgeht und besagt, dass die politischen Parteien im nationalen Diskurs auf die institutionelle Dimension der EU fokussieren, während sie EU-*policies* kaum mit nationalen *policy*-Debatten verknüpfen. Dieses Muster gibt EU-skeptischen Parteien einen Wettbewerbsvorteil.

Welche dieser Thesen für die Nationalratswahl 2006 zutreffend sind, werden wir im Rahmen unserer Fallstudie klären, für die wir im nächsten Schritt einige Kontextbedingungen sowie die methodische Herangehensweise skizzieren wollen.

3. Kontextbedingungen und methodischer Zugang der Fallstudie

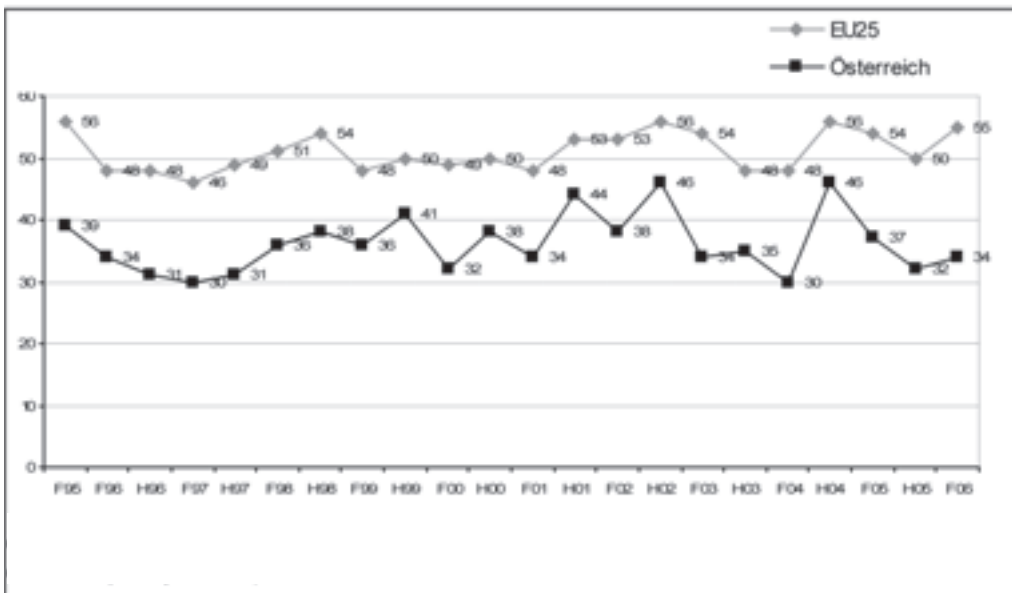
Einige Kontextfaktoren lassen vermuten, dass sich der österreichische Nationalratswahlkampf 2006 für eine explorative Fallstudie zur elektoralen Europäisierung besonders gut eignet. Dazu gehören die durch den EU-Ratsvorsitz zumindest kurzfristig gesteigerte innenpolitische Bedeutung der EU-Thematik, die Parteienkonstellation sowie die EU-Skepsis innerhalb der österreichischen Bevölkerung.

Im ersten Halbjahr 2006 hatte Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne, im Zuge dessen zahlreiche medial beachtete (in-)formelle Ausschuss-, FachministerInnen- und Gipfeltreffen stattfanden und somit die EU über mehrere Monate hinweg durch hochrangige europäische VertreterInnen massenmedial präsent war. Im April 2006, also während des Ratsvorsitzes, unterstützte die FPÖ das Volksbegehren „Österreich bleib frei“. Dieses Volksbegehren lancierte drei zentrale Themen, nämlich die Bewahrung der österreichischen Neutralität, die Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei und des Verfassungsentwurfes. Im Vorfeld der Nationalratswahl bestand damit eine erhöhte innenpolitische und öffentliche Aufmerksamkeit für EU-politische Themen und Akteure.

Die politischen Parteien Österreichs verhalten sich überwiegend pro-europäisch – mit einer Ausnahme: Die FPÖ positioniert sich programmatisch wie tagespolitisch seit den 1990er Jahren als Anti-EU-Partei. 1994 mobilisierte sie gegen den EU-Beitritt Österreichs, später gegen Vertiefungs- und Erweiterungsschritte (vgl. Pelinka 2004; Luther 2005). Immer wieder werden direktdemokratische Instrumente eingesetzt, um den europäischen Integrationsprozess zu stoppen. Ende Juli 2006 gab auch Hans-Peter Martin, Abgeordneter zum Europäischen Parlament, seine Kandidatur bei der Nationalratswahl bekannt. Damit betrat ein EU-Parlamentarier mit national hohem Bekanntheitsgrad die innenpolitische Bühne, der vom reichweitenstärksten Printmedium Österreichs, der Kronen Zeitung, unterstützt wurde.

Im Frühjahr 2006 – während der österreichischen Ratspräsidentschaft – wurde die letzte Eurobarometer-Umfrage vor der Nationalratswahl durchgeführt (Eurobarometer 65). Nur 34% der Befragten meinten zu diesem Zeitpunkt, dass die österreichische EU-Mitgliedschaft eine „gute Sache“ sei. Österreich war damit Schlusslicht in der positiven Evaluierung der Mitgliedschaft und lag deutlich unter dem EU25-Schnitt (55%). 24% der befragten ÖsterreicherInnen bezeichneten die EU-Mitgliedschaft sogar als „schlechte Sache“, was einem Anstieg um zwei Prozentpunkte (PP) entspricht (EU25-Schnitt: 13%, minus drei PP). Auch bei der Beurteilung der Vorteile durch die Mitgliedschaft liegt Österreich mit 39% an letzter Stelle (EU25-Schnitt: 54%, plus zwei PP). Damit liegt die Zahl derer, die Vorteile sehen, unter jener der Befragten, die keine Vorteile sehen (43%, minus fünf PP, EU25-Schnitt: 33%, minus drei PP). Abb. 1 zeigt die Entwicklung der positiven Einschätzung der Mitgliedschaft von Österreich im Vergleich mit dem Durchschnitt der EU25 von 1995 bis zum Frühjahr 2006.

Abbildung 1: „Die EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache“ (1995–2006)



Quelle: Eurobarometer 65. Nationaler Bericht Österreich, Frühjahr 2006, 36.

Anmerkung zum Material: Die Untersuchung basiert auf Textmaterialien, die primär auf das Agendasetting der Parteien zurückgehen.⁴ Die Datengrundlage bilden die Wahlprogramme der im Nationalrat vertretenen Parteien, Wahlplakate sowie die Fernsehdiskussionen mit den Parteienrepräsentanten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ORF) in der Zeit zwischen 5.9.2006 und 28.9.2006 (siehe Anhang). Während die Inhalte der Wahlprogramme und die massenwirksame Visualisierung von Kernbotschaften durch Plakate alleine von den jeweiligen Parteien bestimmt werden, sind die Statements der TV-Diskussionen auch Resultat eines medienvermittelten, interaktiven Prozesses – die Sendungsmoderatorin und die Mitbewerber sind an der Positionierung einer Partei mitbeteiligt. Die Auswahl dieser Materialien ist durch das Erkenntnisinteresse begründet, die Interaktion von Parteien in der elektoralen Arena aus einer top-down-Perspektive zu untersuchen, um empirisch gestützte Aussagen über demokratische Repräsentation, Legitimation und Verantwortlichkeit treffen zu können.

Das Textmaterial ist inhaltsanalytisch mit dem Softwarepaket Maxqda, das eine Codierung unter Berücksichtigung sowohl qualitativer wie quantitativer Aspekte (vgl. Kuckartz 2005), erlaubt, bearbeitet worden. Zur Codiertechnik ist anzumerken, dass (bis auf wenige automatische Wortcodierungen) jeweils ein Statement die Codiereinheit bildet; codiert wurden Statements, in denen ein thematischer Bezug zur EU explizit hergestellt wurde. Die im Artikel präsentierten Ergebnisse beziehen sich folglich auf den Vergleich mit anderen Parteien und nicht auf das Verhältnis von EU-Themen zu anderen Themen innerhalb einer Partei.⁵

Das Codeschema der Inhaltsanalyse leitet sich aus den im vorigen Kapitel entwickelten Thesen ab. Es berücksichtigt sowohl die thematische Ebene, d.h. welche Themen von Parteien adressiert werden, als auch die diskursiven Strategien von Parteien, d.h. wie die europäische Dimension in die Debatte eingebracht wird. Hinsichtlich der substantiellen EU-Thematisierung differenzieren wir zwischen institutioneller (Europäisierungsdimension, institutionelle Verfasstheit) und regulativer (funktionaler) Dimension, hinsichtlich der diskursiven Strategien unterscheiden wir zwischen Ideen und Narrativen über das Projekt EUropa, *benchmarking*-Strategien und Interaktion zwischen Parteien (d.h. gegenseitige Verantwortungszuschreibung). Das Codeschema umfasst somit die folgenden Hauptkategorien: EU institutionell, EU regulativ (funktional), Ideen von EUropa, *benchmarking* (EUropa als vergleichende Referenzkategorie) und Interaktion (EU Verantwortlichkeit).

4. EUropa im Wahlkampf der Parteien

Welche Themen werden von welchen Parteien angesprochen und welche Themen können als die EU-Thematik dominierend bewertet werden? Im Folgenden beschreiben wir kurz die inhaltliche Positionierung, differenziert nach Textmaterial, und geben eine Einschätzung der Relevanz der EU-Dimension für jede im Nationalrat vertretene Partei (Regierungsparteien ÖVP, BZÖ; Oppositionsparteien SPÖ, Grüne, FPÖ).

Die Regierungspartei ÖVP erhebt im Wahlprogramm *policy*-Forderungen zu Landwirtschaft und Sicherheit sowie zu Urheberrecht und digitaler Signatur. Marginal hingegen sind Themen, die die institutionelle Verfasstheit der Union betreffen (EU-Verfassung, Türkeibeitritt und Erweiterung). Verlangt wird eine „Neue Verfassung für Europa aufgrund einer offenen und lösungsorientierten Debatte über die Zukunft Europas“. In TV-Diskussionen wird der EU-Verfassungsentwurf positiv erwähnt, indem auf die Stärkung demokratischer Elemente sowie der Bürgernähe hingewiesen wird. Jeweils eine Aussage im Wahlprogramm als auch im TV bezieht sich auf

die Volksabstimmung zum Türkeibeitritt. Für die Balkanstaaten wird „Unterstützung der europäischen Perspektive“ angekündigt, die Erweiterung durch Rumänien und Bulgarien als „historische Chance“ bezeichnet sowie Österreichs Nutzen aus der Osterweiterung betont. Das politische Projekt EU ist positiv konnotiert, es ist vom „europäischen Lebensmodell“ oder von Europa als „Chance und Schicksal“ die Rede. Auffallend ist die Argumentationsfigur des europäischen *benchmarks*, bei dem Österreichs gute Position im EU-Vergleich und damit die Leistungsbilanz der Regierung hervorgehoben wird.

Die kleine Regierungspartei, das BZÖ, nennt im Wahlprogramm die Themen Sicherheit und EU-Finanzkontrolle, spricht sich gegen Atomenergie, gegen die „Gen-Lobby“ sowie gegen die Liberalisierung des Trinkwassers aus. Gefordert wird eine gerechte Aufteilung von AsylwerberInnen in der EU, Tierschutz sowie ökologische und soziale Mindeststandards. Es wird auf den eingeschränkten Handlungsspielraum, der aus den regulativen Kompetenzen der EU resultiert, verwiesen und das Subsidiaritätsprinzip mit der Forderung nach Renationalisierung einzelner Politikbereiche verknüpft. Der EU-Verfassungsentwurf spielt kaum eine Rolle, hingegen spricht sich das BZÖ sowohl im Wahlprogramm als auch in TV-Diskussionen gegen einen Beitritt der Türkei aus. Interessant ist die Abgrenzung gegenüber der FPÖ – der Parteiobmann kritisiert die FPÖ-Forderung nach einer Partnerschaft mit der Türkei mit den Worten „wir wollen nicht einmal das“. Der konstitutionellen Dimension der EU, der institutionellen Verfasstheit wird deutlich mehr Platz eingeräumt als konkreten *policy*-Forderungen. Der Souveränitätsverlust nationaler Zuwanderungspolitik, wachsendes Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und die Notwendigkeit des Ausbaus von Grenzkontrollen werden als Konsequenzen der EU-Erweiterung dargestellt. Die Finanzen bilden einen Schwerpunkt im Wahlprogramm, gefordert werden stärkere Kontrollen bei der Vergabe von Fördermitteln, abgelehnt wird eine Erhöhung von Österreichs Nettobeiträgen. Das Projekt EU an sich wird im Wahlprogramm zurückhaltend kritisch betrachtet. Zwar wird es als Friedensprojekt dargelegt und europäische Solidarität und Zusammenarbeit eingefordert, gleichzeitig fordert das BZÖ die Einführung einer Austrittsklausel, eine klare Definition über die „räumlichen und kulturellen Grenzen“ und betont die „Eigenstaatlichkeit der Mitgliedsländer“. Im TV wird dem Thema EU kaum Beachtung geschenkt. Mit Ausnahme jener TV-Diskussionen, bei denen der FPÖ-Parteiobmann beteiligt ist, greift das BZÖ EU-Themen selbst nicht auf. Lediglich Vergleiche mit anderen EU-Staaten werden angeführt, um Österreichs Erfolge zu untermauern.

Die größte Oppositionspartei, die SPÖ, verknüpft Themen mit EU-Bezug wiederholt mit zwei Forderungen: mit einem sozialen EUropa, das durch Forderungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik präzisiert wird, sowie mit einer gesamteuropäischen Aufteilung der AsylwerberInnen. Gegenüber dem Verfassungsentwurf und dem Beitritt der Türkei zur EU verhält sich die SPÖ zurückhaltend. In TV-Diskussionen werden zwei knappe Äußerungen gemacht – eine positive zur Verfassung, eine vage zum Beitritt (nämlich, dass sowohl die EU als auch die Türkei noch nicht reif dafür wären) –, während im Wahlprogramm diese beiden Themen nicht erwähnt werden. Deutlicher sind die Forderungen nach Demokratisierung und Vertiefung in den Bereichen Beschäftigung und Soziales, wie überhaupt die politische Vertiefung vor weiteren Erweiterungsschritten eingemahnt wird. Die EU wird mehrmals als Friedensprojekt bezeichnet und auf der weltpolitischen Bühne als Gegenmodell zu den USA gedeutet („aktive Rolle in der Weltpolitik“, um „das Feld nicht allein den USA zu überlassen“). Die EU wird als Solidargemeinschaft gerahmt, wobei ein soziales EUropa eingefordert wird. Mit Ausnahme der Themen Asylregelung und soziales EUropa schenkt die SPÖ der EU aber wenig Beachtung. In drei von fünf Diskussionen kommen EU-Themen (mit Ausnahme einer gerechten gesamteuropäischen

Verteilung der AsylwerberInnen) überhaupt nicht vor. Wenn die EU thematisiert wird, dann im Bereich der SP-Kernkompetenzen („soziales Europa“) sowie in Reaktion auf den von FPÖ und BZÖ in den Wahlkampf eingebrachten Themenkomplexen Asyl und Migration.⁶

Die Grünen thematisieren im EU-Kontext Atomausstieg, erneuerbare Energien, Klimawandel, Grund- und Menschenrechte, Wirtschafts- und Sozialfragen sowie Forschungsförderung. Die Forderungen nach einer europäischen Sozialunion sind umfassender als jene bei der SPÖ und werden sogar stärker als umweltpolitische Forderungen betont. Zum EU-Beitritt der Türkei findet sich im Wahlprogramm keine Stellungnahme, in den Fernsehdiskussionen gibt Van der Bellen ein Bekenntnis zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen und eine prinzipiell positive Haltung zu einem allfälligen Beitritt, revidiert allerdings seine frühere Einschätzung, wonach ein Beitritt bereits in einigen Jahren realistisch wäre („Das war zu optimistisch“). Bezüglich des EU-Verfassungsentwurfs werden eine breite öffentliche Debatte und eine EU-weite Volksabstimmung verlangt. Die Grünen konstatieren eine Entwicklungskrise der EU und bemängeln das Fehlen politischer Konzepte; sie fordern folglich mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, ein atomkraftfreies EUropa sowie eine europäische Sozialunion und kritisieren Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus, die das „demokratisch verfasste politische Gemeinwesen“ in Frage stellen. Trotz kritischer Beurteilung des Zustandes der EU wird eindeutig die EU unterstützenden Zielvorformulierungen der Vorrang eingeräumt.

Im Mittelpunkt der EU-Thematisierung der FPÖ stehen der EU-Verfassungsentwurf sowie der Beitritt der Türkei, denen der Parteiobmann vor allem in den Fernsehdiskussionen viel Platz einräumt. Als einzige Partei affiziert sie auf Wahlplakaten EU-bezogene Slogans wie „Heimat statt Schlüssel und Brüssel“, unterstellt ÖVP und SPÖ eine Politik der „Türkei zur EU“ und präsentiert die FPÖ als die Partei, die den „EU-Beitritt verhindert“. Im Wahlkampf genannte EU-*policies* sind weiters Asyl/Sicherheit/Migration, Atomenergie, ein Stopp der Liberalisierung sowie einige Einzelnennungen zur Gentechnik, des Tierschutzes und der Agrarpolitik. Im Zusammenhang mit der EU-Verfassung wird die Neutralität erwähnt, die Teilnahme österreichischer Soldaten in Kampfeinsätzen verurteilt sowie vor der Gefährdung der österreichischen Souveränität gewarnt. Die FPÖ sticht deutlich durch den negativen Ton hervor. Von einem „Brüsseler Diktat“ und von „Regulierungswut“ ist die Rede, der EU-Verfassungsentwurf sowie die EU werden wiederholt als „zentralistisch“ attribuiert. Es wird ein „anderes Europa“ gefordert, ein föderales; die „Fremdbestimmung durch Brüssel“ wird durch ein „Europa der Vaterländer“ und ein „Kerneuropa der Nettozahler“ kontrastiert. Die FPÖ räumt der EU – im Vergleich mit den anderen Parteien – den weitaus größten Stellenwert ein, sie kann durchaus als Schwerpunktthema des Wahlkampfes bezeichnet werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass a) die FPÖ die Themenführerschaft in EU-Fragen inne hat und b) quer über alle Parteien hinweg betrachtet, einige wenige Themenkomplexe dominieren. Die Themenführerschaft der FPÖ in der Europapolitik ist daran messbar, dass im TV alle Stellungnahmen zum EU-Verfassungsentwurf sowie zum Beitritt der Türkei zur EU ausschließlich in Diskussionsrunden mit FPÖ-Beteiligung getätigt werden⁷ und bei der Mehrzahl der Nennungen (beim Thema EU-Verfassung in allen Fällen) der Parteivorsitzende der FPÖ diese aktiv in die Debatte einbringt. Überraschend ist daher, dass der EU-Verfassungsentwurf im Wahlprogramm der FPÖ keine Erwähnung findet.

Unter den im Wahlkampf eingebrachten EU-bezogenen Themenfeldern dominieren Verfassungsentwurf, Türkeibeitritt und Erweiterung. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Wahlprogrammen und TV-Diskussionen. Während das Programm der Grünen weder Statements zur Türkei noch zur Erweiterung enthält, findet sich im FPÖ-Programm keine Er-

wählung der EU-Verfassung und der Erweiterung (jenseits der Ablehnung einer Mitgliedschaft der Türkei), obwohl sie diesen Topoi im TV viel Raum widmet. Die SPÖ wiederum geht zwar auf die Erweiterung ein, nicht jedoch auf die Türkeifrage und den EU-Verfassungsentwurf. Neben den Themen EU-Verfassung, Türkeibeitritt und Erweiterung gibt es einige weitere Themen, die von allen Parteien (zumindest im Wahlprogramm) angesprochen werden – die Atomenergie, der Tierschutz und die EU-Finzen.

5. Institutionelle oder regulative Thematisierung?

Wie ist das Verhältnis zwischen der Thematisierung institutioneller und regulativer Aspekte europäischen Regierens? Kann die These vom Kompetenzmisfit bestätigt werden, wonach institutionelle Aspekte in nationalen Wahlauseinandersetzungen kaum eine Rolle spielen? Oder priorisieren Parteien institutionelle Faktoren gegenüber *policies*?

Die Zuordnung zu institutionellen und regulativen Aspekten zeigt, dass das Verhältnis insgesamt betrachtet ausgeglichen ist.⁸ Allerdings ändert sich das Ergebnis, wenn nach den unterschiedlichen Textsorten (Abb. 2) oder nach Parteien (Abb. 3) differenziert wird. In den Wahlprogrammen dominieren regulative Aspekte (meist als *policy*-Forderungen) gegenüber institutionellen, während das Verhältnis in den TV-Diskussionen genau umgekehrt ist. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Reichweiten von Wahlprogrammen und TV-Diskussionen kann daher festgehalten werden, dass gegenüber den WählerInnen institutionelle Aspekte stärker kommuniziert werden als regulative. Dies umso mehr, als das Themenkontinuum Letzterer breiter ist, während institutionelle Statements sich vorwiegend auf drei Felder beziehen, nämlich den EU-Verfassungsvertrag, die Erweiterung und einen allfälligen Beitritt der Türkei. Hier zeigt sich deutlich die Stärke der FPÖ, die diese Themen forciert und die institutionelle Perspektive, im Vergleich zu den anderen Parteien, am häufigsten einbringt (Abb. 4).

Abbildung 2: EU-Themen nach Material (WP=Wahlprogramme; n=181)

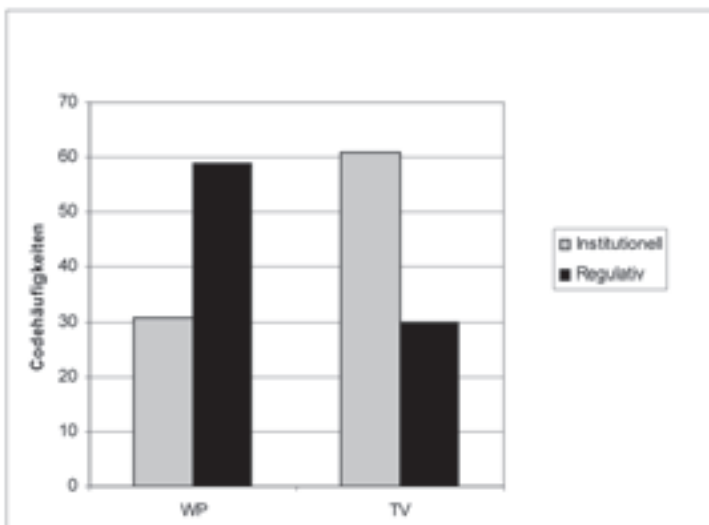


Abbildung 3: Thematisierung der EU nach Parteien (n=181)

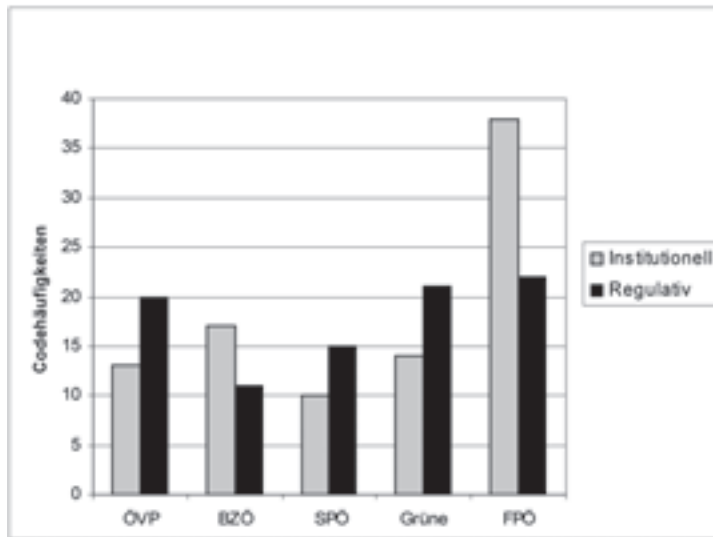
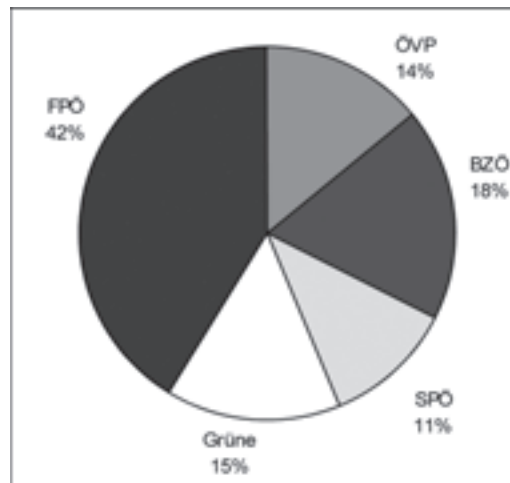


Abbildung 4: EU Institutionell (n=92)



Wie lassen sich diese Ergebnisse mit Blick auf den „Fit“ von politischem Konflikt und Kompetenz in der nationalen Arena interpretieren? Der österreichische Nationalratswahlkampf bestätigt die Kompetenzmisfit-These nicht. Denn insgesamt widmen sich Parteien der EU-Politik sowohl im Hinblick auf die institutionelle wie auch die regulative Dimension. In den – im Vergleich zu Wahlprogrammen – deutlich breitenwirksameren TV-Diskussionen dominieren aber institutionelle Aspekte, nicht zuletzt aufgrund der aktiven Thematisierung von EU-Verfassung, Erweiterung und Türkeibeitritt(sverhandlungen) durch die FPÖ. Dieser Befund spricht für die These der Priorisierung institutioneller Aspekte in der nationalen Sphäre und den damit einhergehenden Wettbewerbsvorteil EU-skeptischer Parteien.

6. Verantwortlichkeit für EU-Entscheidungen

Fordern die Parteien Rechenschaft für die EU-Politik, bewerten oder kritisieren sie diese? Werden Parteien von Parteien für ihr Handeln verantwortlich gemacht? Tabelle 1 zeigt, welche Partei die Aktivitäten einer anderen Partei bewertet bzw. welche Partei von welcher Partei Rechenschaft verlangt. Ähnlich wie beim aktiven Agendasetting, dominiert die FPÖ auch in der Bezugnahme auf EU-Politiken anderer Parteien. Die FPÖ nimmt dabei nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die anderen Oppositionsparteien in die Pflicht. Thematisch dominieren der EU-Verfassungsentwurf, der Türkeibeitritt (bzw. die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen) sowie die Erweiterungsrunde 2006. Die FPÖ kritisiert die Zustimmung der anderen Parteien und betont, dass sie sich als einzige Partei konsequent dagegen ausgesprochen und dies auch durch ihr Abstimmungsverhalten im Nationalrat bekräftigt habe. Der Bundeskanzler wird im Zusammenhang mit dem EU-Verfassungsentwurf und der Türkei mehrmals direkt adressiert. FPÖ und SPÖ weisen auf seine Tätigkeit als Ratsvorsitzender während der österreichischen Präsidentschaft hin, wobei die FPÖ dies mit Kritik an den gestiegenen Nettobeiträgen Österreichs verknüpft, die SPÖ mit der Forderung nach einer EU-weiten Asylregelung.

Supranationale Akteure werden von den Parteivertretern nicht explizit angesprochen, die Institutionen der EU nur marginal, allerdings werden einige *policies* kritisiert – die Atomenergiepolitik von Grünen und BZÖ, die ArbeitnehmerInnenpolitik von der SPÖ.

Tabelle 1: Thematisierung von Verantwortlichkeit (n=61)

SprecherIn	AdressatIn					
	ÖVP	BZÖ	SPÖ	FPÖ	Grüne	EU
ÖVP		-	-	3	-	-
BZÖ	-		-	1	1	1
SPÖ	3	2		-	-	1
FPÖ	13	8	13		5	-
Grüne	3	3	1	1		2

7. Depolitisierung, Nicht-Politisierung, Politisierung oder Benchmarking?

Welche diskursiven Strategien im Hinblick auf die Politisierung/Mobilisierung wenden Parteien bei der Thematisierung von EUropa an? Welches Resümee lässt sich aus den diskursiven Strategien der Parteien in Hinblick auf Politisierung bzw. Depolitisierung der EU ziehen?

Wir haben oben von der Depolitisierungsthese gesprochen, wonach Volksparteien EU-*issues* auf der nationalen Ebene nicht thematisieren würden. Diese Depolitisierung wird nicht nur durch Nicht-Thematisierung hergestellt, sondern auch durch spezifische diskursive Muster der Parteien, d.h. durch die Art und Weise, wie Parteien EUropa thematisieren. Wenn etwa (Regierungs-) Parteien die EU ausschließlich als Friedensprojekt kommunizieren, kann dies als Depolitisierungsstrategie gewertet werden, da eine politische Debatte zur Reichweite des Integrationsprojektes, der institutionellen Ordnung und *policy*-Alternativen mit dem Verweis auf das Friedensprojekt ausbleibt bzw. abgewendet wird. Ähnlich verhält es sich, wenn EUropa als Referenzkategorie

in den nationalen Parteidiskurs eingebracht wird, um die innenpolitische Performance vergleichend zu evaluieren, ohne dabei jedoch auf EU-Dimensionen einzugehen.

Die qualitative Betrachtung der Äußerungen, die als „Ideen von EUropa“ codiert wurden, zeigt insbesondere eine Depolitisierungsstrategie der ÖVP, die das Friedensprojekt EUropa betont und von der Stärkung des europäischen Lebensmodells spricht, ohne jedoch eine Konkretisierung zu versuchen. Bilder werden transportiert („Europa als Chance und Schicksal“; „Beethoven hat ja seine Europahymne eine Ode an die Freude genannt – und nicht eine Ode an den Frust“), das eigene Abstimmungsverhalten in EU-Gremien hingegen bleibt unthematisiert. Ähnliches gilt für die SPÖ. Auch sie strapaziert das Narrativ der EU als Friedensprojekt und verlangt eine aktive Rolle in der Weltpolitik (um „das Feld nicht allein den USA zu überlassen“), fordert darüber hinaus aber wiederholt ein soziales und solidarisches EUropa, das es erst zu verwirklichen gelte.

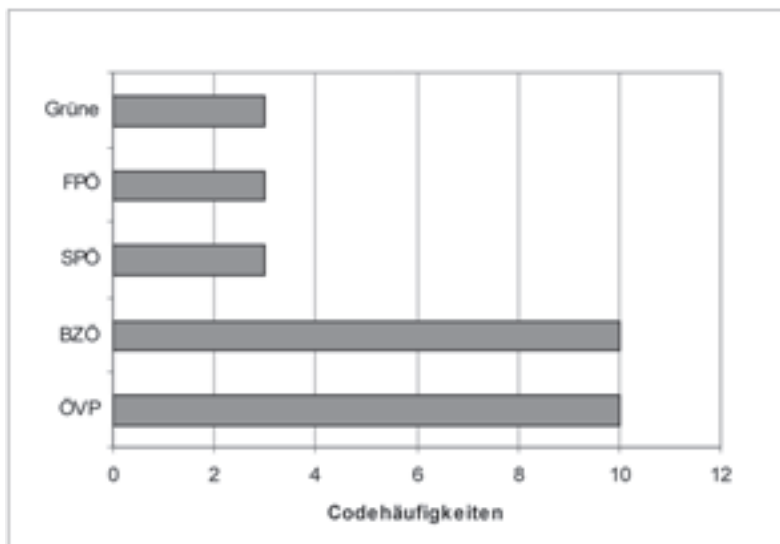
Demgegenüber offerieren die kleineren Parteien teils recht konkrete Vorstellungen über bzw. Forderungen an ein zukünftiges, alternatives EUropa. So kritisiert das BZÖ eine gegenüber den BürgerInnen abgehobene EU und fordert eine klare Definition über „räumliche und kulturelle Grenzen“ sowie das Subsidiaritätsprinzip zur „Absicherung der Eigenstaatlichkeit“. Die Grünen stellen eine Entwicklungskrise Europas fest und bemängeln fehlende politische Konzepte; sie fordern folglich mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, ein atomkraftfreies EUropa sowie eine europäische Sozialunion und kritisieren Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus, die das „demokratisch verfasste politische Gemeinwesen“ in Frage stellen würden. Die FPÖ betont die Notwendigkeit der Erhaltung nationalstaatlicher Souveränität und will die „Regulierungswut“ auf EU-Ebene eindämmen. Sie spricht sich für ein föderales EUropa, EUropa der Vaterländer und Kerneuropa der Nettozahler aus.

Die ehemaligen Regierungsparteien nehmen auf EUropa außerdem mit dem Stilmittel des *benchmarkings* Bezug, und zwar, in dem sie Österreich mit dem EU-Schnitt oder einzelnen Mitgliedstaaten vergleichen (Abb. 5). Hier zeigt sich – das einzige Mal – ein deutliches Gefälle zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Die Regierungsparteien ÖVP und BZÖ bedienen sich dieses argumentativen Instruments weit häufiger als die Oppositionsparteien und stets zur Darstellung der erfolgreichen Bilanz Österreichs im europäischen Vergleich. SPÖ, Grüne und FPÖ greifen deutlich weniger auf dieses Mittel zurück, und wenn, dann mit entgegengesetzter Zielrichtung (Österreich ist schlechter platziert als andere EU-Mitgliedsländer).

Zusammenfassend wollen wir festhalten: ÖVP und SPÖ depolitisieren EU-Themen, indem sie die politischen Aspekte gegenüber den großen Erzählungen in den Hintergrund rücken, eigene Positionen vage formulieren und, insbesondere die ÖVP, die europäische Dimension in ein *benchmarking*-Instrument umwandelt. Die FPÖ, aber auch das BZÖ bringen hingegen konkrete *policy*-Forderungen und Zielvorstellungen über EUropa ein. Von der FPÖ werden insbesondere die beiden größeren Parteien, ÖVP und SPÖ, als (ehemalige) Regierungsparteien für ihre EU-Politik kritisiert und damit als EU-Akteure sichtbar gemacht. Die FPÖ politisiert die EU, und sie versucht mittels EU-Themen zu mobilisieren. Alle anderen Parteien vermeiden, insbesondere in TV-Diskussionsrunden, eine Mobilisierung durch EU-Themen.

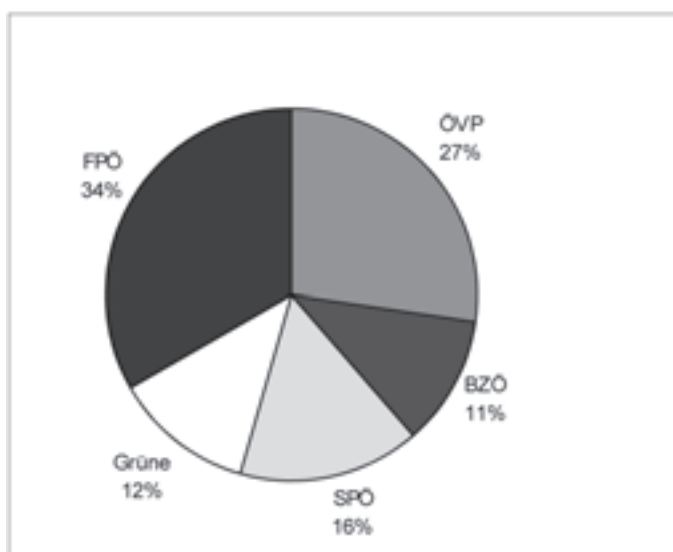
Den Erkenntnisgewinn einer qualitativen methodischen Herangehensweise zeigt der Vergleich mit dem Ergebnis einer automatischen Wortcodierung von EUropa-Nennungen in den untersuchten TV-Diskussionen (Abb. 6). Auf der Grundlage der quantitativen Auszählung von Begriffen weisen FPÖ und – zwar mit Abstand – ÖVP die häufigsten EU-Nennungen auf. Dennoch wäre es nicht richtig, daraus für beide Parteien eine Priorisierung von EU-Themen abzuleiten. Wie die qualitative Analyse der diskursiven Strategien nämlich zeigt, ist die ÖVP viel

Abbildung 5: EU-Referenz Benchmarking (Nennungen pro Partei; n=29)



Erläuterung: Die Häufigkeiten der Nennung ergeben sich aus der Anzahl jener Codes, die Aussagen mit *benchmarking*-Elementen beinhalten (z.B. Hinweise auf EU-Durchschnittswerte oder auf das Ranking von Mitgliedstaaten). Die Materialbasis: TV-Konfrontationen und Wahlprogramme der Parteien.

Abbildung 6: Europa-Nennungen in den TV-Konfrontationen des ORF (automatisierte Codierung von EU, europ#, Brüssel; n=279)



stärker an Narrativen und am sog. *benchmarking* orientiert, die FPÖ hingegen an institutionellen Dimensionen der EU und den Versäumnissen in der Europapolitik der anderen Parteien.

8. Fazit

Ausgehend von Mairs (2005a; 2006a) populärer Demokratiekomponente ist unser Beitrag der Thematisierung des europäischen Regierens durch politische Parteien in der elektoralen Arena gewidmet, und zwar mit dem Fokus auf Parteien als Agenturen der Interessensartikulation und substantiellen Repräsentation. Trotz der in der EU-*polity* strukturell angelegten Demokratiedefizite, erlauben es nationale und Wahlen zum Europäischen Parlament den WählerInnen, Einfluss auf die Auswahl des EU-Personals und der EU-Politiken zu nehmen. Die Fallstudie zur Nationalratswahl 2006 liefert Ergebnisse zur Frage, ob die österreichischen politischen Parteien die nationale elektorale Arena als Forum nutzen, um Repräsentation und Legitimation über EU-Themen zu verhandeln.

Anders als viele Studien zu Parteien und europäischer Integration sind wir nicht an Erklärungsfaktoren für die Europapositionen der Parteien interessiert, vielmehr geht es darum, die thematische und diskursive Hereinnahme der europäischen Dimension in den nationalen Parteienwettbewerb unter dem Blickwinkel demokratischer Repräsentation und elektoraler Verantwortlichkeit zu diskutieren. Die Ergebnisse zeigen, dass von einem systematischen Kompetenzmisfit nicht gesprochen werden kann – effektive Repräsentation daher nicht ausgeschlossen ist und die europäische Dimension insbesondere in den Wahlprogrammen aller Parteien Berücksichtigung findet. Auswirkungen der europäischen Integration und die (künftige) Gestalt der Europäischen Union werden von den politischen Parteien ebenso genannt wie Positionen zu europapolitischen *issues*. Anders verhält es sich bei TV-Diskussionen und Plakaten: Die EU wird primär von der EU-ablehnenden FPÖ politisiert, die als pro-europäisch zu charakterisierenden Parteien (ÖVP, SPÖ, Grüne) vermeiden es hingegen weitgehend, Europapolitik in den Parteienwettbewerb einzubeziehen. Diese Beobachtung gilt auch für das BZÖ, das die EU im Wahlkampf lediglich moderat kritisierte (oder überhaupt adressierte) – was wohl auf die Regierungsbeteiligung (2000–2006) zurückgeht. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedeutung der Materialien (TV-Diskussionen und Plakaten spielen eine weitaus wichtigere Rolle als Wahlprogramme), kann daher zusammenfassend festgehalten werden, dass – mit Ausnahme der FPÖ – die Parteien in der EU-Politik eine Rolle als *expressive agencies* (Sartori 2005, 24) nicht wahrnehmen.

Obwohl dieser Beitrag auf einem einzigen Fall, dem Wahlkampf 2006, beruht, stellt er durch die Einbeziehung unterschiedlicher Textsorten und dem Versuch, Perspektiven der Demokratieforschung mit der Parteienforschung zu verknüpfen, eine für weitere Forschungen relevante empirisch gestützte Untersuchung an der Schnittstelle von Forschung zu nationalen Parteien und europäischer Integration dar. Bisher vorliegende Untersuchungen zur Europäisierung der nationalen elektoralen Arena basieren primär auf Wahlprogrammen, wodurch allerdings nur unzureichend der Wettbewerb zwischen den Parteien erfasst werden kann. Die wachsende Polarisierung in der Beurteilung der Europäischen Union durch die BürgerInnen unterstreicht darüber hinaus die Notwendigkeit, sich mit Parteien als Funktionsträgerinnen im europäischen Mehrebenensystem zu befassen. Die These vom „sleeping giant“ (van der Eijk/Franklin 2004), der von Parteien am Rande des ideologischen Spektrums wachgerüttelt zu werden droht, unterstreicht diese Überlegung. Welche Konsequenzen aber würden damit einhergehen, wenn Repräsentation und

accountability nur von EU-skeptischen bzw. ablehnenden Parteien hergestellt wird? Was würde dies über die Rolle von Parteien als *expressive agencies* aussagen? Was bedeutet es für das Regieren auf EU-Ebene, wenn Regierungsparteien des ideologischen Mainstreams auf eine Politisierung der EU mit direkt-demokratischen Instrumenten reagieren? Diese Fragen der europäischen Integration gilt es unter dem Blickwinkel von Demokratie- und Parteienforschung zu adressieren. Die Analyse des Nationalratswahlkampfes 2006 versuchte dazu einen Beitrag zu leisten.

ANHANG

Anhang 1: TV-Konfrontationssendungen im ORF

- 05.09.2006: Karl-Heinz Grasser (ÖVP) – Alexander Van der Bellen (Grüne)
- 06.09.2006: Alfred Gusenbauer (SPÖ) – Heinz-Christian Strache (FPÖ)
- 07.09.2006: Alfred Gusenbauer (SPÖ) – Peter Westenthaler (BZÖ)
- 12.09.2006: Martin Bartenstein (ÖVP) – Peter Westenthaler (BZÖ)
- 13.09.2006: Josef Pröll (ÖVP) – Heinz-Christian Strache (FPÖ)
- 14.09.2006: Alfred Gusenbauer (SPÖ) – Alexander Van der Bellen (Grüne)
- 15.09.2006: Heinz-Christian Strache (FPÖ) – Peter Westenthaler (BZÖ)
- 19.09.2006: Heinz-Christian Strache (FPÖ) – Alexander Van der Bellen (Grüne)
- 20.09.2006: Alexander Van der Bellen (Grüne) – Peter Westenthaler (BZÖ)
- 21.09.2006: Wolfgang Schüssel (ÖVP) – Alfred Gusenbauer (SPÖ)
- 26.09.2006: Hans-Peter Martin (Liste Dr. Martin) – Mirko Messner (KPÖ)
- 28.09.2006: Wolfgang Schüssel (ÖVP), Alfred Gusenbauer (SPÖ), Heinz-Christian Strache (FPÖ), Alexander Van der Bellen (Grüne), Peter Westenthaler (BZÖ)

Anhang 2: Wahlprogramme

- ÖVP: Kursbuch Zukunft Kurzfassung kompakt. ÖVP. Modern. Sicher. Menschlich.
- SPÖ: Den Wohlstand gerecht verteilen. 20 Projekte für mehr Fairness in Österreich. Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs
- FPÖ: Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ. Nationalratswahl 2006
- Grüne: Zeit für Grün. Das Grüne Programm
- BZÖ: Wahlprogramm. Liste Westenthaler – BZÖ – Liste 5
- Liste Dr. Martin: Grundsatzprogramm und Kandidaten. Bürgerliste Dr. Martin – für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit

Anhang 3: Hauptkategorien des Codeschemas

- EU Regulationen (Themen, policies)
- EU Institutionen (Institutionengefüge, Akteure, inkludiert auch Erweiterung, Vertiefung, Demokratie, Finanzen, Subsidiarität)
- Ideen und Narrative über EUropa
- Ratspräsidentenschaft
- Neutralität
- AkteurIn/SprecherIn
- Benchmarking (Österreich im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt oder Ranking von Mitgliedstaaten)
- Verantwortlichkeit (diskursive Interaktion; inkludiert Regierungsparteien, Oppositionsparteien, supranationale Akteure/ Institutionen als AdressatInnen)
- EU, europ#, Brüssel (automatische Wortcodierung)

ANMERKUNGEN

- 1 Für einen Überblick zum Konzept der Europäisierung siehe Ladrech (2002).
- 2 Für eine ausführliche kritische Diskussion siehe Mair (2001).
- 3 Zur Krise der Parteien siehe Mair (2005b; 2006a).
- 4 Hinsichtlich der Thematisierung von EU-issues in Wahlkämpfen sind methodisch betrachtet die TV-Debatten einer Printmedienanalyse deshalb vorzuziehen, weil die medialen Selektionskriterien schwächer zum Tragen kommen, d.h. der Einfluss der Parteien auf die Themensetzung größer ist.
- 5 Für den Vergleich mit anderen Themen siehe exemplarisch die MediaWatch-Analyse der so genannten „Elefantenrunde“ (MediaWatch 2006).
- 6 Für Details zur inhaltlich-strategischen Ausrichtung der Wahlkampagnen der Parteien siehe Lederer (2007).
- 7 Eine Ausnahme stellt die Diskussion zwischen den nicht im Nationalrat vertretenen Parteien (KPÖ und Liste Dr. Martin) dar, in der EU-Verfassung und Türkeibeitritt ebenfalls diskutiert wurden. Aus Gründen der Vergleichbarkeit ist diese Diskussion jedoch nicht Teil der vorliegenden Analyse.
- 8 Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf Wahlprogrammen und TV-Konfrontationen; ein Vergleich mit Plakaten ist deshalb nicht zielführend, da nur die FPÖ Europa auf Plakaten thematisiert.

LITERATURVERZEICHNIS

- Biezen*, Ingrid van/Michael *Saward* (2008). Democratic Theorists and Party Scholars: Why They Don't Talk to Each Other, and Why They Should, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 6(1), 21–35.
- Bovens*, Mark (2006). Analysing and Assessing Public Accountability. A Conceptual Framework, in: *European Governance Papers*, C-06-01, Internet: <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-06-01.pdf>
- Conti*, Nicolò (2007). Domestic parties and european integration: the problem of party attitudes to the EU, and the europeanisation of parties, in: *European Political Science*, Vol. 6(2), 192–207.
- Follesdal*, Andreas/Simon *Hix* (2005). Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik, *European Governance Papers*, C-05-02, Internet: <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-05-02.pdf>
- Gaffney*, John (1996). Introduction. Political parties and the European Union, in: John *Gaffney* (Hg.): *Political Parties and the European Union*, London/New York, 1–30.
- Katz*, Richard S. (2006). Party in democratic theory, in: Richard S. *Katz*/William *Crotty* (Hg.): *Handbook of Party Politics*, London/Thousand Oaks/California/New Delhi, 34–46.
- Kriesi*, Hanspeter (2007). The Role of European Integration in National Election Campaigns, in: *European Union Politics*, Vol. 8(1), 83–108.
- Kuckartz*, Udo (2005). Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, Wiesbaden.
- Ladrech*, Robert (2002). Europeanization and Political Parties: Towards a Framework for Analysis, in: *Party Politics*, Vol. 8(4), 389–403.
- Ladrech*, Robert (2007). National Political Parties and European Governance: The Consequences of 'Missing in Action', in: *West European Politics*, Vol. 30(5), 945–960.
- Lederer*, Andreas (2007). „It's advertising, stupid!“ – Strategien und Praktiken politischer Werbung im Nationalratswahlkampf 2006, in: Fritz *Plasser*/Peter A. *Ullrich* (Hg.): *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Wien, 39–79.
- Luther*, Kurt Richard (2005). Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), Keele European Parties Research Unit Working Paper, 22.
- Mair*, Peter (2000). The limited impact of Europe on national party systems, in: *West European Politics*, Vol. 23(4), 27–51.
- Mair*, Peter (2001). Searching for the positions of political actors: A review of approaches and a critical evaluation of expert surveys, in: Michael *Laver* (Hg.): *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, London/New York, 10–30.
- Mair*, Peter (2005a). Popular Democracy and the European Polity, *European Governance Papers*, C-05-03, Internet: <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-05-03.pdf>
- Mair*, Peter (2005b). Democracy Beyond Parties, Center für the Study of Democracy, Working Paper 05/06, Internet: <http://repositories.cdlib.org/cgi/viewcontent.cgi?article=1052&context=csd>
- Mair*, Peter (2006a). Polity-Scepticism, Party Failings, and the Challenge to European Democracy, Uhlenbeck Lecture 24, Internet: http://www.nias.knaw.nl/en/new_3/new_1/peter_mair/E:%5CUhlenbeck+Lecture+24.pdf

- Mair, Peter (2006b). Political Parties and Party Systems, in: Paolo Graziano/Maarten P. Vink (Hg.): *Europeanization: New Research Agendas*, Hampshire/New York, 154–166
- Marks, Gary/Carole J. Wilson/Leonard Ray (2002). National Political Parties and European Integration, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 46(3), 585–594.
- MediaWatch (2006). „Die Elefantenrunde“. TV-Diskussion der Spitzenkandidaten von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne und BZÖ. Eine inhalts- und sprachanalytische Real-Time-Analyse, Internet: http://www.ots.at/anhang/OTS_20060929_OTSS0219_id22219323.pdf
- Morlino, Leonardo (2008). Democracy and Changes: How Research Tails Reality, in: *West European Politics*, Vol. 31(1), 40–59.
- Pelinka, Anton (2004). Austrian Euroscepticism: The Shift from the Left to the Right, in: *European Studies*, 20, 207–225.
- Pennings, Paul (2006). An empirical analysis of the Europeanisation of national party manifestos, 1960–2003, *European Union Politics*, Vol. 7(2), 257–70.
- Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/ Kurt Richard Luther (Hg.) (2007). *The Europeanization of National Political Parties: Power and Organizational Adaptation*, London/New York.
- Powell, Bingham (2000). *Election as Instruments of Democracy. Majoritarian and Proportional Visions*, New Haven/London.
- Puntscher Riekmann, Sonja (2007). In Search of Lost Norms: Is Accountability the Solution to the Legitimacy Problems of the European Union?, in: *Comparative European Politics*, 2007/5, 121–137.
- Sartori, Giovanni (1976). *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Cambridge.
- Sartori, Giovanni (2005). Party Types, Organisation and Functions, in: *West European Politics*, Vol. 28(1), 5–32.
- Scharpf, Fritz W. (1999). *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt/New York.
- Schmidt, Vivien (2003). The European Union. Democratic Legitimacy in a Regional State? In: *Political Science Series, Institute for Advanced Studies*, 91, Wien, Internet: http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_91.pdf
- Van der Eijk, Cees/Mark N. Franklin (2004): Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe, in: Gary Marks/Marco R. Steenbergen (Hg.): *European Integration and Political Conflict*, Cambridge, 33–50.

AUTORINNEN

Sarah MEYER, Dissertantin an der Universität Wien, Teilnehmerin am Dissertationsprogramm *European Integration* am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Forschungsinteressen: Politische Parteien und Europäisierung; Demokratie, Legitimität und Öffentlichkeit der EU.

Kontaktadresse: Institut für Höhere Studien, Stumpergasse 56, A-1060 Wien.

E-mail: sarah.meyer@ihs.ac.at

Sieglinde ROSENBERGER, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Forschungsinteressen: Demokratieforschung und Wahlen, Geschlechter- und Differenzpolitik (Integration, Religion, Geschlecht).

Kontaktadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien.

E-mail: sieglinde.rosenberger@univie.ac.at